

Rechtsruck, welcher Rechtsruck?

Biskamp, Floris

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Biskamp, F. (2021). Rechtsruck, welcher Rechtsruck? In M. Baum, J. M. Breidung, & M. Spetsmann-Kunkel (Hrsg.), *Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft: Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen* (S. 33-48). Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742498.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Floris Biskamp

Rechtsruck, welcher Rechtsruck?

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2021

Der Aufsatz *Rechtsruck, welcher Rechtsruck?* von Floris Biskamp steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution-Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung der gleichen CC-BY 4.0-Lizenz und unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

Der Aufsatz ist erschienen in:

Markus Baum/Julia Maria Breidung/Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.) (2021): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen. Opladen: Verlag Barbara Budrich.



Dieser Beitrag steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742498.03>).

ISBN 978-3-8474-2498-7

DOI 10.3224/84742498.03

Rechtsruck, welcher Rechtsruck?

Floris Biskamp

1 Einleitung

2017 gelang mit der AfD zum ersten Mal seit 1961 einer Partei rechts von Union und FDP der Einzug in den Deutschen Bundestag. Weil diese Partei nicht nur rechts von Konservativen und Liberalen sitzt, sondern den gängigen Standards zufolge auch als rechtsradikal, rechtsextrem, rechtsaußen oder völkisch-autoritär einzustufen ist (Pfahl-Traughber 2019; Quent 2019, 40ff), haben ihre Erfolge verständlicherweise Alarmstimmung ausgelöst. In dieser Stimmung wird immer wieder die These vertreten, dem Aufstieg der AfD liege ein allgemeiner gesellschaftlicher Rechtsruck zugrunde. Jeder Wahlerfolg der AfD in Deutschland oder anderer rechter Parteien im Ausland, jede rassistische Äußerung in der Öffentlichkeit und jeder Tweet von Donald Trump gilt als weiterer Beleg für das Ausmaß des vermeintlichen Rucks nach rechts.

Jedoch gibt es keine ernsthafte empirische Grundlage, auf der man in Bezug auf Deutschland von einem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck sprechen könnte – jedenfalls nicht, wenn man darunter eine Bewegung hin zu radikal oder extrem rechten Positionen versteht. Ein solcher Ruck müsste sich dadurch ausdrücken, dass völkischer Nationalismus, die Abwertung von Minderheiten sowie eine positive Bezugnahme auf Tradition und Autorität zunehmend Akzeptanz und Verbreitung finden. Dies könnte auf mehreren Ebenen der Fall sein – lässt sich aber auf keiner davon konsistent beobachten. Dies zeige ich im Folgenden nacheinander für die Einstellungsebene (2), für die Ebene rechter Gewalt (3), für die Ebene des öffentlichen Diskurses (4) und für die Ebene staatlicher Politik (5). Anschließend schlage ich eine alternative Perspektive vor, mit der man den Aufstieg der Rechtsaußenparteien nicht als Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks, sondern als Formierung eines rechten Projekts in Reaktion auf einen ambivalenten Liberalisierungsprozess versteht (6).

2 Einstellungsebene: eine relativ konstante Minderheit mit radikal rechtem Weltbild

Zunächst liegt es nahe, den Rechtsruck auf der Einstellungsebene zu suchen: Je weiter die Gesellschaft nach rechts außen rückt, desto mehr Menschen müssten autoritäre und menschenfeindliche Einstellungen vertreten. Fände ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck statt, dann müsste die Verbreitung dieser Einstellungen nicht nur anwachsen, sondern dies sogar ruckartig tun.

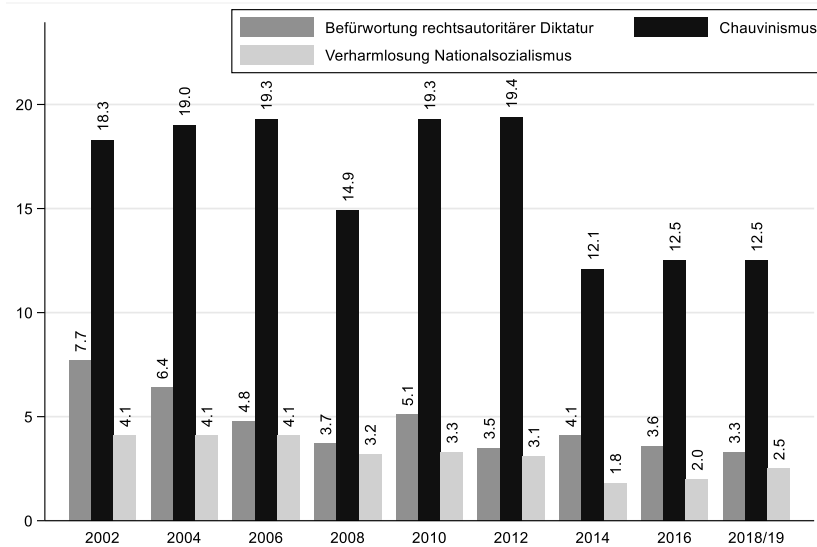


Abb. 1: Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung 2002-2018/19 (Angaben in Prozent) (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019, 2)

Dank mehrerer langfristig angelegter Forschungsprojekte existieren für die Jahre seit der Jahrtausendwende hinreichend gut vergleichbare Daten zur Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und autoritärer Einstellungen in Deutschland – also derjenigen Haltungen, die dem Programm von Rechtsaußenparteien entsprechen. Das Bielefelder Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, die Leipziger *Autoritarismus-Studien* sowie die *Mitte-Studien* zeigen, dass solche Einstellungen bei einer relevanten Minderheit der Bevölkerung fest etabliert sind. Zwar hängen die genauen Werte von der Definition und Operationalisierung ab, in erster Näherung kann man

jedoch festhalten, dass über die Jahre hinweg ca. 5 Prozent ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen, ca. 20 Prozent deutliche Affinitäten zu radikal rechten Positionen haben und sich bei wenigstens der Hälfte der Bevölkerung zumindest Fragmente solcher Einstellungen finden. Dieses rechtsradikale Potenzial ist beunruhigend, aber die Zahlen sind seit der Jahrtausendwende relativ konstant und in der Gesamttendenz eher leicht rückläufig als ansteigend (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019; Decker et al. 2018, 82ff). Ältere Daten sind nur bedingt vergleichbar, bieten aber keinen Anlass zu dem Glauben, dass rechte Einstellungen vor der Jahrtausendwende weniger weit verbreitet gewesen wären als heute. So kam die SINUS-Studie 1981 zu dem Ergebnis, dass in der damaligen Bundesrepublik 13% der Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild hegten (Quent 2019, 100).

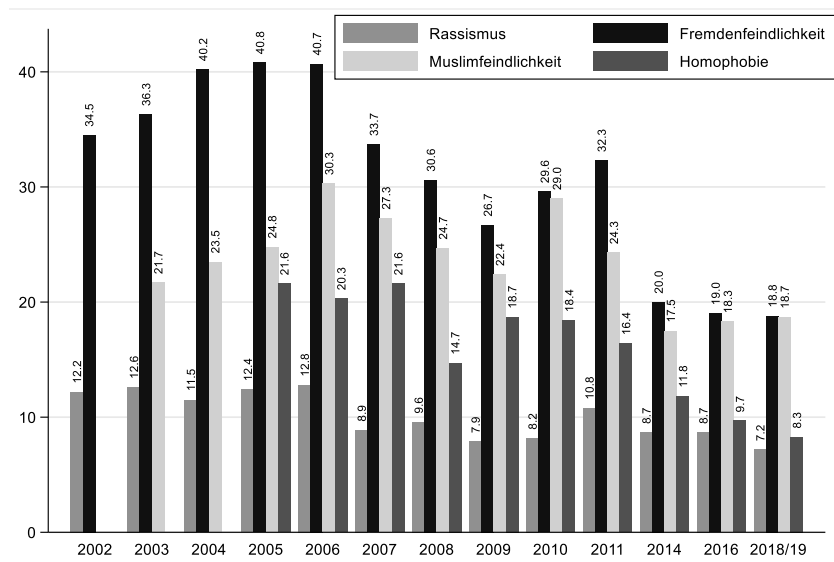


Abb. 2: Verlauf der Zustimmung zu den Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2002-2018/19 (Angaben in Prozent) (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019, 4)

All diese Zahlen sind mit einiger Vorsicht zu interpretieren, weil sie höchstwahrscheinlich durch Effekte sozialer Erwünschtheit verzerrt sind. Beispielsweise könnte eine erhöhte Politisierung von Migration, wie sie 2015 stattgefunden hat, das Antwortverhalten verzerren: Womöglich befürchten Menschen, eine ehrliche Antwort könne dazu führen, dass sie dem Rechtsaußen-Lager zugerechnet würden, was sie vermeiden wollen. Als vorausseilende

Reaktion darauf könnten sie unaufrichtig antworten, sodass sich in den Daten ein Rückgang rassistischer Einstellungen zeigen würde, obwohl diese in Wahrheit konstant wären. Jedoch wäre im Falle eines allgemeinen Rechtsrucks gerade davon auszugehen, dass entsprechende Hemmungen eher zurückgehen als zunehmen – wenn die Gesellschaft nach rechtsaußen rückte, sollten die Einzelnen weniger Angst davor haben, als rechtsaußen zu erscheinen.

Insofern deuten die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung recht deutlich darauf hin, dass in Deutschland in den letzten Jahren auf der Einstellungsebene kein gesellschaftlicher Rechtsruck stattgefunden hat. Stattdessen legen sie nahe, dass es in der Bundesrepublik schon lange ein Potenzial für eine im zweistelligen Bereich erfolgreiche Rechtsaußenpartei gibt, es der AfD aber als erster Partei seit Jahrzehnten gelingt, dieses Potenzial auch zu mobilisieren. Dazu passt, dass sich Personen mit gruppenbezogen-menschenfeindlichen und autoritären Einstellungen bis dato recht vielfältig über die Wähler_innen diverser Parteien sowie die Nichtwähler_innen verteilen, sich in den letzten Jahren aber zunehmend in der Wähler_innenschaft der AfD sammeln (Heitmeyer 2018, 197-267; Decker et al. 2018, 93-95). Die Rechtsaußen-Weltbilder haben sich also nicht weiter verbreitet, aber bei der Minderheit, die diese Weltbilder hegt, hat eine politische Aktivierung und Mobilisierung stattgefunden. Während die Mehrheit der Bevölkerung diese Positionen ablehnt, wurde die entsprechend eingestellte Minderheit nun politisch aktiviert, sodass die Bereitschaft, entsprechend den Einstellungen zu handeln, wächst.

3 Gewalt von rechtsaußen: ständig präsent, aber nicht ständig eskalierend

Eine weitere Weise, auf die sich ein Rechtsruck äußern könnte, wäre eine Zunahme rechter Gewalt. Tatsächlich gab es in den letzten Jahren eine Häufung entsprechender Taten, auf die die Vertreter_innen der Rechtsruck-These verweisen können. Dazu zählen zahlreiche Anschläge auf geplante sowie auf bereits bezogene Unterkünfte für Geflüchtete insbesondere in den Jahren 2015 und 2016, das Massaker im Münchener Olympia-Einkaufszentrum von 2016, der Mord an Walter Lübcke in Wolfhagen 2019, der Anschlag auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle 2019, sowie der Anschlag auf eine Shisha-Bar in Hanau. Diese Taten zeigen, dass politische Gewalt von rechtsaußen für alle von der extremen Rechten zu Feind_innen erklärten

Menschen lebensgefährlich ist und von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden sehr ernst genommen werden sollte.

Alles andere als klar ist dagegen, dass diese Gewalt insgesamt zunimmt. Dies einzuschätzen, ist nicht einfach, weil die systematische Erhebung der relevanten Daten erst seit den 1990ern begonnen und die Zählweise einiger Erhebungen sich immer wieder verändert hat, sodass keine zuverlässigen langfristigen Vergleichsmöglichkeiten existieren: Polizeiliche Statistiken hängen stark von der Bereitschaft der Opfer, Anzeige zu erstatten, von der Bereitschaft der Behörden, diese Anzeigen aufzunehmen, sowie von den Kriterien der statistischen Erfassung ab. Daher sind sie weit davon entfernt, die objektive Repräsentation der Realität zu bieten, als die sie oft missverstanden werden – insbesondere, weil sich in allen drei Bereichen über die Jahre viel verändert hat. Befragungen unter Betroffenen, die mithin das beste Bild bieten könnten, werden in Deutschland erst seit zu kurzer Zeit und immer noch nicht hinreichend systematisch durchgeführt, um ein verlässliches langfristiges Bild liefern zu können. Auch zivilgesellschaftliche oder wissenschaftliche Recherche kann weiter in der Vergangenheit liegende Gewalt nur sehr bedingt aufarbeiten, weil sie von der Existenz entsprechender Berichte abhängt und man keinesfalls davon ausgehen kann, dass rassistische Übergriffe in den 1970ern und 1980ern von der Presse berichtet worden wären – nicht in der BRD und erst recht nicht in der DDR.

Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass Gewalt von rechtsaußen kein neues Phänomen und keine Ausnahme, sondern eher ein beständiger Teil des Regelzustandes der deutschen Nachkriegsgesellschaften ist. Relativ deutlich ist dies in Bezug auf Rechtsterrorismus. Die durch Sicherheitsbehörden und weite Teile der Medien rassistisch fehlgedeutete NSU-Mordserie wurde in den Jahren 2000 bis 2006 begangen – und somit in der Zeit vor dem vermeintlichen Rechtsruck der letzten Jahre. Blickt man weiter zurück, ergibt sich eine lange Liste von rechten Terrororganisationen und Anschlägen in der alten Bundesrepublik (Bundeszentrale für politische Bildung 2013). In Hinblick auf das Münchener Oktoberfest-Attentat von 1980, bei dem 13 Menschen getötet wurden, finden sich auch deutliche Anzeichen für einen Unwillen der Behörden, Hinweisen auf einen organisierten rechtsterroristischen Hintergrund nachzugehen, was rückblickend wie ein Vorspiel für die entsprechenden Nicht-Ermittlungen bei der NSU-Mordserie erscheint.

Blickt man nicht ausschließlich auf organisierten Rechtsterrorismus, sondern auf rechtsextreme und rassistische Morde im Allgemeinen, sind diese dank zivilgesellschaftlicher Initiativen für die Zeit seit 1990 relativ gut dokumentiert (Abb. 3). Am häufigsten waren diese Morde in den 1990ern sowie

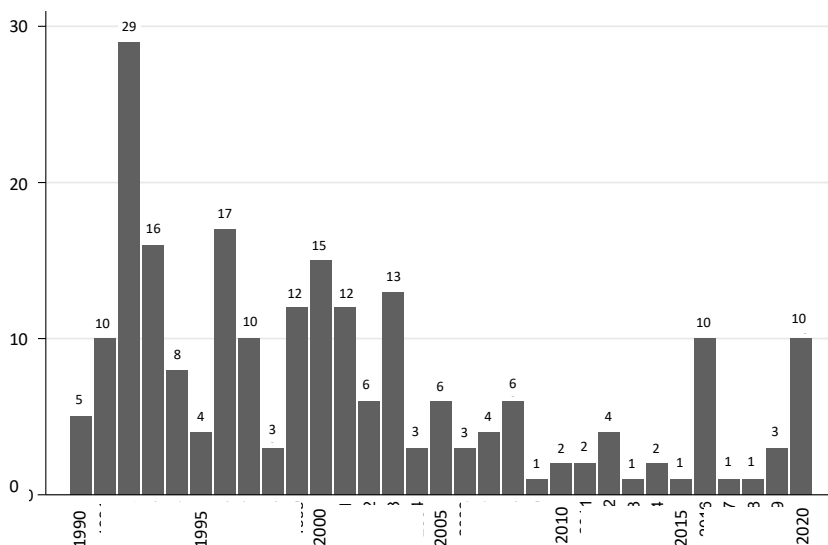


Abb. 3: Die jährliche Zahl rechtsextremer Morde seit 1990 inklusive Verdachtsfälle (eigene Darstellung basierend auf Daten der Amadeu Antonio Stiftung)

den frühen 2000ern. Während die hohen Opferzahlen zu dieser Zeit auf eine Vielzahl einzelner Morde zurückgehen, liegen den hohen Zahlen 2016 und 2020 die beiden Massenmorde von München und Hanau zugrunde. Das Ausmaß entsprechender Gewalt zur Zeit der alten BRD und der DDR ist nur lückenhaft dokumentiert. Es ist jedoch sicher, dass es entsprechende Taten auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze in erheblichem Umfang gab (Quent 2019, 100-106), wenn auch wahrscheinlich nicht in demselben Ausmaß wie in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung.

Die Bedrohung, die rechte Gewalt für die Sicherheit und das Leben der von der extremen Rechten zu Feind_innen erklärten Menschen bedeutet, sollte ernstgenommen werden. Hinreichende Anhaltspunkte für einen Ruck nach rechts finden sich jedoch auch auf dieser Ebene nicht.

Allerdings ist in dieser Frage ohnedies zu bedenken, dass wachsende Gewaltbereitschaft am rechten Rand nicht unbedingt mit einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nach rechts verbunden sein muss. Auch das Gegenteil kann der Fall sein: Wenn potenzielle rechtsextreme Täter_innen sehen, dass ihr Lager die Gesellschaft nicht mit legalen Mitteln umgestalten kann, könnte dies Radikalisierung beschleunigen und Gewaltbereitschaft erhöhen. In solchen Fällen wäre eine Zunahme rechtsextremer Gewalt mithin kein

Zeichen auf eine gesamtgesellschaftliche Rechtsbewegung, sondern eine Reaktion auf eine Liberalisierung.

4 Diskursebene: Die Grenzen des Sagbaren sind umkämpft, aber sie rücken nicht immer weiter nach rechts.

Drittens könnte man vermuten, dass der Rechtsruck sich in erster Linie auf der Ebene des öffentlichen Diskurses abspielt: Dann ginge es weniger um die Frage, welche Einstellungen Menschen hegen, als vielmehr darum, welche Aussagen in der Öffentlichkeit als legitim gelten und welche nicht. Im Rahmen eines Rechtsrucks würden einstmals als inakzeptabel geltende rechte (menschenfeindliche, autoritäre) Äußerungen zunehmend normalisiert bzw. einstmals als akzeptabel geltende linke Äußerungen zunehmend problematisiert. Insbesondere ersteres wird in den letzten Jahren immer wieder behauptet: Die ‚Grenzen des Sagbaren‘ verschoben sich immer weiter nach rechts außen. Dies wird beispielsweise geäußert, wenn wieder AfD-Politiker_innen einen Skandal provozieren und dann darüber diskutiert wird, ob man ‚das sagen können muss‘.

Jedoch gibt es auch für diese Version der Rechtsruck-These keine überzeugenden empirischen Belege. In der Tat sind die Grenzen des Sagbaren umkämpft und in der Tat nutzt die AfD diese Kämpfe strategisch, um Skandale zu provozieren und die so entstehende Aufmerksamkeit für die eigene Inszenierung als Opfer einer vermeintlichen Meinungsdictatur zu nutzen – Wodak (2016, 38) spricht in diesem Zusammenhang von einem „rechtspopulistische[n] perpetuum mobile“. Dass die Grenzen des öffentlich Sagbaren dabei aber ruckartig oder kontinuierlich nach rechts erweitert würden, ist in der Gesamtbetrachtung nicht zu erkennen. Für fast jede in den letzten Jahren getätigte skandalöse Äußerung aus den Reihen der AfD findet man eine Entsprechung aus vergangenen Jahrzehnten – nur dass die Äußerungen damals aus der gesellschaftlichen ‚Mitte‘ kamen und auch nicht in allen Fällen so laut skandalisiert wurden wie es heute der Fall ist.

Dies lässt sich in Bezug auf Vergangenheitspolitik besonders deutlich zeigen. Björn Höcke sprach 2017 vom Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas als „Denkmal der Schande“ und provozierte damit einen handfesten Skandal. Martin Walser bezeichnete eben dieses Denkmal 1998 im Rahmen seiner in der Paulskirche gehaltenen Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels „vor Kühnheit

zitternd“ als „Monumentalisierung der Schande“. Zwar kam es auch nach Walsers Rede zu einer öffentlichen Kontroverse, jedoch bleibt es bemerkenswert, dass die entsprechenden Äußerungen 2017 innerhalb einer Rechtsaußenpartei getätigt wurden und dort zu einem (scheiternden) Ausschlussverfahren führten, sie 1998 aber von einem Friedenspreisträger kamen und zunächst von weiten Teilen der anwesenden Bildungseliten mit stehenden Ovationen bedacht wurden (Höcke 2017; Walser 1998; Czollek 2018).

Auch in früheren Jahrzehnten findet man vergangenheitspolitische Äußerungen aus der politischen ‚Mitte‘, die heute fast ausschließlich rechts außen getätigt werden. So sprach Helmut Kohl kurz vor seiner Wahl zum Bundeskanzler im Bundestag die folgenden Sätze:

„Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch fragen: Sollten wir uns in der Bundesrepublik Deutschland damit abfinden, daß uns allein die finsternen, unbestreitbar schrecklichen Kapitel deutscher Geschichte — Auschwitz und Treblinka, Kriegsschulden und die Pflicht der Wiedergutmachung und vieles andere mehr — zugeschoben werden? Sollten wir uns von der besten Geistestradition Preußens selbst lossagen [...]? Wohin sind wir geraten, wenn so etwas möglich ist [...]? Es ist doch genau diese einäugige, engstirnige Betrachtungsweise, mit der in unserem Land schon seit Jahren grundlegende Werte, Tugenden, Institutionen diffamiert werden, z.B. elterliche Autorität; Mut zur Erziehung in der Familie und in der Schule; der Leistungsgedanke; das Prinzip des Wettbewerbs; die notwendige Förderung einer Elite; die menschliche Solidarität in der Berufsausbildung im Betrieb; vor allem aber auch das Bekenntnis zu unserem Staat, zur deutschen Nation, zu unserer Geschichte und zur Bereitschaft, dieses Erbe zu verteidigen“ (Kohl 1982, 6771).

Der Ton ist etwas vornehmer als in Alexander Gaulands Rede, der zufolge „Hitler und die Nazis [...] nur ein Vogelschiss in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ seien (Die Zeit 2018). In ihrem vergangenheitspolitischen Gehalt sind sich Kohls und Gaulands Aussagen jedoch allzu ähnlich. Vergangenheitspolitische Äußerungen, die heute in der AfD für Skandale sorgen würden, finden sich in der Geschichte der Bonner Republik nicht nur bei Politiker_innen der Union. Die FDP forderte schon 1949 (!) auf Wahlplakaten einen „Schlussstrich“ unter die nationalsozialistische Vergangenheit (Schneeberger 2015). Bezieht man noch die Äußerungen der parlamentarischen Gegenspieler ein – etwa die persönlich beleidigenden Zwischenrufe Herbert Wehners (Kulke 2013) –, zeigt sich, dass sich die heutige Debatte gemessen an den Standards der alten Bundesrepublik auch nicht durch eine verbale Enthemmung oder zunehmende Polarisierung auszeichnet.

Auch in Bezug auf antisemitische, rassistische, heterosexistische oder anderweitig gruppenbezogen-menschenfeindliche Aussagen findet man in der Geschichte der Bundesrepublik keine harmlose Epoche. Wieder könnte man über den rechten Flügel der Union sprechen – etwa über Franz Josef Strauß,

1980 Kanzlerkandidat der Union, oder über Alfred Dregger, von 1982 bis 1991 Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag. Beide produzierten regelmäßig rassistische Aussagen, die heute in der AfD für Skandale sorgen würden (z.B. Jäger 2017, 89f). Noch deutlicher wird die Normalität von öffentlich geäußelter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in vergangenen Jahrzehnten aber beim Blick auf Formate der eher liberalen Öffentlichkeit. Noch in den 1990ern zählte es zur Normalität von ‚Comedy‘-Sendungen im deutschen Fernsehen, dass eine Anspielung auf die vermeintliche oder reale Homosexualität einer Person allein als Pointe eines Witzes hinreichte. In der eher linksliberalen Harald-Schmidt-Show dagegen gab es zeitweise einen ‚täglichen Polenwitz‘, dessen Pointe in aller Regel auf irgendetwas mit Autodiebstahl hinauslief (Urban 2009) – freilich war dieser Rassismus auch damals schon irgendwie ‚ironisch gemeint‘, aber das behaupten auch heute noch die meisten entsprechend Kritisierten. Wenn es in jüngerer Zeit vermehrten Streit um Rassismus und Heterosexismus in den Medien gibt, sollte das nicht vorschnell darauf zurückgeführt werden, dass der mediale Diskurs immer rassistischer und heterosexistischer würde, die Grenzen des Sagbaren sich stetig erweiterten. Im Gegensatz ist davon auszugehen, dass die zunehmenden Konflikte gerade daher rühren, dass Rassismus und Heterosexismus heute aufgrund von langjährigem Aktivismus viel besser benannt, skandalisiert und problematisiert werden können, die Grenzen des unkritisiert (!) Sagbaren sich also eher verengen – mit guten Gründen (El-Mafaalani 2018).

Was sich durch die Digitalisierung sehr wohl verändert hat, ist die Dynamik des öffentlichen Diskurses. Auch wenn es keine Belege dafür gibt, dass bei der analogen Äußerung von Menschenfeindlichkeit an Stammtischen, auf Schulhöfen, in der Familie oder am Arbeitsplatz früher größere Hemmungen bestanden hätten als heute in digitalen Medien, hat sich die Sichtbarkeit von Menschenfeindlichkeit doch doppelt erhöht: Einerseits können Einzelpersonen mit ihren menschenfeindlichen Äußerungen an allen bis dato wirksamen medialen Filtern vorbei sehr schnell eine breite Öffentlichkeit erreichen, sodass sie für ihre Äußerungen schnell ein viel größeres Publikum finden, als es an einem Stammtisch möglich gewesen wäre; andererseits kann auch die Kritik dieser Äußerungen sehr viel schneller und sehr viel weiter verbreitet werden, was die Sichtbarkeit der entsprechenden Äußerungen *als* Menschenfeindlichkeit erhöht. Dies ist zweifelsohne eine tiefgreifende Transformation des öffentlichen Diskurses, aber es ist kein Ruck nach rechts.

5 Staatliche Politik: manchmal rechts, aber ambivalent

Schließlich könnte man den Rechtsruck noch auf einer vierten Ebene suchen, nämlich in der staatlichen Politik. Dann sollte er sich insbesondere auf *dem* Themenfeld der radikalen Rechten finden lassen, nämlich der Migrationspolitik. Tatsächlich kennt die Asylgesetzgebung seit den 1990ern vor allem eine Richtung, nämlich die Verschärfung: Vom ‚Asylkompromiss‘ 1993 bis zu den diversen ‚Asylpaketen‘ der letzten Jahre zielten die meisten Reformen darauf ab, den Zugang zum Rechtsanspruch auf Asyl oder Flüchtlingsstatus einzugrenzen. Der Deutung dieser Politik als Rechtsruck steht jedoch zweierlei entgegen. Erstens sind die zunehmenden rechtlichen Restriktionen vor allem eine Reaktion darauf, dass die Möglichkeiten, überhaupt nach Deutschland zu kommen und Asyl zu beantragen, seit den 1970ern deutlich gewachsen sind. Die restriktive Reaktion darauf kann man normativ für falsch halten, aber man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass in BRD oder DDR jemals eine un widersprochene, politisch mehrheitsfähige Bereitschaft bestanden hätte, hunderttausenden Flüchtenden aus asiatischen und afrikanischen Ländern einen wirksamen Flüchtlingsstatus zu gewähren – so offen und arassistisch war Deutschland nie. Zweitens steht der Verschärfung des Asylrechts eine Institutionalisierung von Integrationspolitik gegenüber. An dieser kann man vieles problematisch finden. Dennoch existiert heute ein von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit gestützter und weite Teile der Unionsparteien umfassender politischer Konsens, akzeptierten Flüchtlingen und anderen (post-) migrantischen Gruppen einen Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Das war im 20. Jahrhundert weder in der DDR noch in der BRD der Fall (Poutrus 2019; El-Mafaalani 2018; Oltmer 2016, 55ff).

Bezieht man auch Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, lässt sich in gewisser Weise tatsächlich ein Ruck nach rechts feststellen – jedenfalls wenn man die neoliberale Ideologie des freien Marktes als rechts versteht. Jedoch sind die europäischen Rechtsaußenparteien und ist insbesondere die AfD gerade auf diesem Themenfeld gespalten, sodass alles andere als klar ist, dass rechtsaußen zu stehen heißt, für einen freien Markt einzustehen (Becker 2018). Zudem fand der wirtschafts- und sozialpolitische Ruck nach rechts gerade nicht in den letzten Jahren statt, sondern begann in den angelsächsischen Ländern in den 1970ern und setzte sich in Deutschland in den 2000ern durch.

Das Politikfeld, auf dem in den letzten Jahren tatsächlich eine Entwicklung zu verzeichnen ist, in der sich der Mainstream den Positionen der Rechtsaußen-Parteien annähert, ist die Polizeigesetzgebung. Mehrere Bun-

desländer haben in den letzten Jahren neue Polizeigesetze verabschiedet, bei denen die Zugriffsrechte der Behörden gestärkt und die Abwehrrechte der Bürger innen geschwächt wurden (Amnesty International/Gesellschaft für Freiheitsrechte 2019). So besorgniserregend diese Entwicklungen aus menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht sind, reichen sie jedoch nicht hin, um von einem allgemeinen Ruck nach rechts auf der Ebene staatlicher Politik zu sprechen.

6 Alternative Erklärung: die Formierung eines rechten Projekts im Kontext einer ambivalenten Liberalisierung

Man könnte die Frage des Rechtsrucks noch differenzierter und ausführlicher diskutieren. Man könnte weitere Ebenen einbeziehen – beispielsweise die zunehmend umkämpfte Zivilgesellschaft (Schroeder et al. 2020) oder den gesellschaftlichen und politischen Einfluss verschiedener rechter Eliten in Politik und Verwaltung. Auch bei letzterem liegt jedoch die Vermutung nahe, dass etwa die Seilschaften, die extrem rechte Studentenverbindungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Unionsparteien und verschiedene Staatsapparate hinein hatten, ihnen mehr effektiven Einfluss gewährten, als sie ihn heute im Umfeld der AfD ausüben können. Zudem könnte man versuchen, ein mehrdimensionales, zeitlich ausdifferenziertes Bild gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen zu zeichnen, in dem sich zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Dimensionen verschiedene Entwicklungen nach links oder rechts zeigen – dann würde man wie oben in Hinblick auf die Polizeigesetze angedeutet *auch* Rechtsbewegungen finden. All dies würde jedoch nichts am Ergebnis der hier präsentierten Überlegungen ändern, dass die These eines generellen gesellschaftlichen Rechtsrucks empirisch bis dato nicht haltbar ist. Daher will ich zum Abschluss des Textes lieber der Frage nachgehen, was die Alternativen zur Rechtsruck-Hypothese sind.

Es steht außer Frage, dass sich die politische Landschaft in Deutschland mit dem Aufstieg der AfD grundlegend verändert hat. Zum ersten Mal kommt es zur erfolgreichen „Formierung“ eines „rechten Projekts“ (Friedrich 2017, 96ff) jenseits der Union. Das ist erklärungsbedürftig. Will man aber die gesellschaftlichen Entwicklungen erfassen, die dieser rechten Formierung zugrunde liegen, so sollte man diese eher als einen ambivalenten Liberalisierungsprozess denn als eine Verschiebung oder gar einen Ruck nach rechts verstehen. Denn fast alle oben beschriebenen Entwicklungen der letzten Jahre

und Jahrzehnte lassen sich als eine Liberalisierung fassen: sowohl in wirtschafts- und sozialpolitischen als auch in gesellschaftspolitischen Fragen ist die Berliner Republik im 21. Jahrhundert liberaler als die alte BRD, die DDR oder das wiedervereinigte Deutschland in den 1990ern. Jedoch können gerade solche Liberalisierungsprozesse eine Gelegenheit für die Formierung eines rechten Projekts bieten – aus mindestens zwei Gründen.

Erstens werden Liberalisierungsprozesse in aller Regel nicht von allen Teilen der Gesellschaft mitgetragen – und so gibt es auch aktuell in Deutschland eine gesellschaftliche Minderheit, die die Liberalisierung der letzten Jahre entschieden ablehnt. Diese Minderheit hatte ihre politische Repräsentation lange Zeit innerhalb der Unionsparteien. Seit dem Ende der Ära Kohl tragen diese jedoch den gesellschaftlichen Öffnungsprozess auf verschiedenen Feldern mit (Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg, Familienpolitik, Migrationspolitik etc.) – und wenn sie angesichts einer zunehmend liberal eingestellten Bevölkerungsmehrheit politisch relevant bleiben wollen, müssen sie das auch. Jedoch fühlen sich die antiliberalen Bevölkerungsminderheiten immer weniger von der Union repräsentiert – und von FDP, Grünen, SPD oder Linkspartei noch weniger. Gerade weil einige dieser illiberalen Minderheitenmilieus ein ausgeprägtes Elitenbewusstsein haben oder sich als eigentliche Mehrheit missverstehen, bieten sie einen fruchtbaren Boden für politische Mobilisierung von rechtsaußen – und auf diesem Boden kam es in den letzten Jahren zur Formierung eines rechten Projekts. Die Dynamiken rechter Mobilisierung unter Bedingungen gesamtgesellschaftlicher Liberalisierung wurden sowohl international (Norris/Inglehart 2019) als auch für Deutschland (Quent 2019; Friedrich 2017) vielfach beschrieben.

Zweitens können Liberalisierungsprozesse eine Mobilisierung von rechtsaußen auch deshalb begünstigen, weil Liberalisierung immer ambivalent ist. Dem liegen Ambivalenzen des Liberalismus selbst zugrunde: Auf der einen Seite stellt Liberalismus Freiheit und Gleichheit der Individuen normativ in den Mittelpunkt; auf der anderen Seite konzipiert er Freiheit und Gleichheit in einer Weise, die in der Praxis immer wieder Unfreiheit und Ungleichheit hervorbringt: erstens bedarf Liberalismus einer Staatsgewalt, die die Freiheit der Einzelnen einschränken muss, um sie rechtsstaatlich durchzusetzen; zweitens ist diese Staatsgewalt bis dato und auf absehbare Zeit immer nationalstaatlich-partikular organisiert und produziert somit systematisch Ungleichheiten zwischen Bürger_innen und Nichtbürger_innen; drittens ist Liberalismus eng mit der Idee des Privateigentums verknüpft – und die Freiheit des Privateigentums geht notwendig mit ökonomischer Ungleichheit einher. Aufgrund dieser Ambivalenzen des Liberalismus ist damit zu rechnen, dass konkrete Liberalisierungsprozesse nicht nur von besonders konservativen Milieus abgelehnt werden, die an einer alten illiberalen Ordnung

hängen. Vielmehr bringen Liberalisierungsprozesse selbst neue Ungleichheiten hervor – und somit auch eine Grundlage für Ideologien der Ungleichheit. Einige Ambivalenzen der jüngsten Liberalisierungsprozesse wurden unter dem Stichwort des „progressiven Neoliberalismus“ beschrieben (Fraser 2017).

Diese strukturellen Verschiebungen schafften das Potenzial für die Formierung eines rechten Projekts. Der Weg zur Verwirklichung dieses Potenzials wurde endgültig 2015 geebnet, als mit der Migrations- und Flüchtlingspolitik dasjenige Thema politisch salient wurde, das die Mobilisierung von Rechtsaußen-Parteien am meisten begünstigt (Mudde 2019, 110). Weil sie die starke Ablehnung von Immigration kurzzeitig monopolisieren konnte, hatte die AfD beste Chancen, davon zu profitieren, was ihre politische Etablierung nach dem Beinahe-Zerfall der Partei von Anfang 2015 ermöglichte (Friedrich 2017, 67). So konnte es auch ohne einen allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft zu einem klaren Rechtsruck in der parlamentarischen Repräsentation kommen.

Wohlgemerkt: Die radikale und extreme Rechte war, ist und bleibt eine reale Gefahr – zuallererst für Leib und Leben derer, die sie als ihre Feind_innen betrachtet, aber darüber hinaus auch für die demokratische Gesellschaft als Ganze. Allerdings beruht diese Gefahr bis jetzt nicht darauf, dass eine gesellschaftliche Mehrheit sich immer weiter nach rechts außen bewegen würde. Im Gegenteil zeigen Umfragen immer wieder, dass die AfD zwar bei einer Minderheit Erfolge feiert, bei der großen Mehrheit derer, die sie nicht wählen, aber die mit Abstand unbeliebteste aller Parteien ist (INSA 2020). Somit spricht viel dafür, dass die AfD anders als die anderen Parteien eine ‚harte Decke‘ sehr dicht über sich hat und – sofern es zu keinen grundlegenden Verschiebungen kommt – nur noch sehr begrenzt wachsen kann.

Das heißt nicht, dass von den politischen Erfolgen der AfD keine Gefahr ausginge. Vielmehr führen sie fast automatisch dazu, dass die Netzwerke rund um diese Partei mehr Ressourcen und mehr Einfluss gewinnen. Die Partei und ihre Abgeordneten erhalten öffentliche Gelder, mit denen sie Mitarbeiter_innen bezahlen können, die hauptberuflich rechte Ideologien weiter-spinnen, verbreiten und auf ihre Realisierung drängen. Dies bedeutet vor allem eins: Im Streit um die Ausrichtung von Politik und Gesellschaft werden wohl auf Jahre hin Stimmen von rechtsaußen laut mitsprechen. Dies bedeutet jedoch kein Ende der offenen Gesellschaft, sondern nur, dass es stets aufmerksamer Gegenkräfte bedarf, die noch lauter und zahlreicher widersprechen.

Die größte Gefahr für die Demokratie besteht gegenwärtig vor allem darin, dass andere Parteien (insbesondere Teile von Union und FDP) die Rhetorik

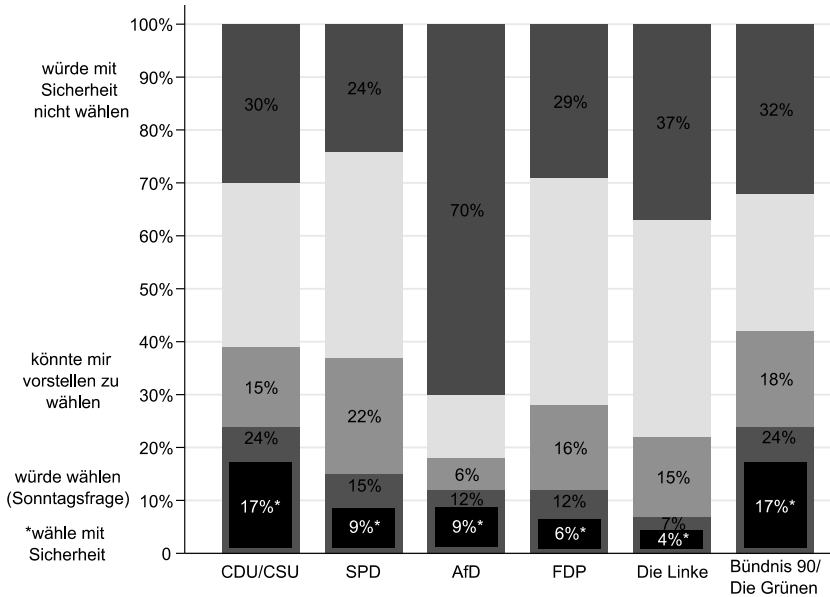


Abb. 4: Die AfD ist die Partei mit dem geringsten unausgeschöpften Wähler_innen-potenzial sowie den höchsten Ablehnungswerten und hat somit eine harte Decke dicht über sich, die weiteres Wachstum unwahrscheinlich macht (INSA 2020).

rik und Politik von Rechtsaußen kopieren und normalisieren – sei es, um die AfD-wählende Minderheit zu umgarnen, sei es, um gemeinsam mit der AfD koalitions- und mehrheitsfähig werden. Solche politischen Taktiken könnten eine reale Rechtsverschiebung begünstigen.

Bis jetzt gibt es jedoch mindestens drei gute Gründe, die ständige Rede von einem Rechtsruck zu unterlassen. Erstens existieren wie oben dargelegt schlichtweg kaum Anhaltspunkte für seine Existenz. Zweitens geht mit der Rede vom Rechtsruck eine Verklärung der Vergangenheit einher – und gerade in Hinblick auf Autoritarismus, Rassismus, Heterosexismus und Antisemitismus sollten weder die alte BRD noch die DDR noch die mörderischen ‚Baseballschlägerjahre‘ der 1990er noch die 2000er mit ihren von der Mehrheitsgesellschaft rassistisch fehlgedeuteten NSU-Morden verharmlost werden. Drittens schließlich reproduziert man durch die Rede vom Rechtsruck ein zentrales Narrativ der AfD: Diese behauptet immer wieder, sie vertrete eine gesellschaftliche Mehrheit und ihre Erfolge seien Ausdruck einer ‚Wende 2.0‘, bei der immer mehr Menschen ‚aufwachten‘. Damit spricht die Partei

sich selbst und der illiberalen Minderheit ihrer Unterstützer_innen eine größere gesellschaftliche Bedeutung zu als sie bis dato haben. Die inflationäre Rede vom gesellschaftlichen Rechtsruck unterstützt sie darin nur.

Literatur

- Amnesty International/Gesellschaft für Freiheitsrechte (2019): Übersicht über die Änderungen der Polizeigesetze in den einzelnen Bundesländern, https://www.amnesty.de/sites/default/files/2019-04/Uebersicht-ueber-die-Aenderungen-der-Polizeigesetze-in-den-einzelnen-Bundeslaendern-Maerz2019_0.pdf [Zugriff: 06.08.2020].
- Becker, Joachim (2018): Neo-Nationalismus in der EU. Sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Wien.
- Biskamp, Floris (2019): Wider die Mär vom Rechtsruck. Die AfD mobilisiert bestehendes Potenzial, <https://www.tagesspiegel.de/politik/wider-die-maer-vom-rechtsruck-die-afd-mobilisiert-bestehendes-potenzial/25234450.html> [Zugriff: 06.08.2020].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Zeitleiste Rechtsterrorismus, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167786/zeitleiste-rechts-terrorismus> [Zugriff: 06.08.2020].
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen, 65–115.
- Die Zeit (2018): Gauland: NS-Zeit nur ein „Vogelschiss in der Geschichte“, <https://www.zeit.de/news/2018-06/02/gauland-ns-zeit-nur-ein-vogelschiss-in-der-geschichte-180601-99-549766> [Zugriff: 06.08.2020].
- El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln.
- Fraser, Nancy (2017): The End of Progressive Neoliberalism, https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser [Zugriff: 06.08.2020].
- Friedrich, Sebastian (2016): Falsche Alternativen. Warum breite Bündnisse gegen die AfD keine Perspektive für Linke sind, https://www.akweb.de/ak_s/ak615/46.htm [Zugriff: 06.08.2020].
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2019): Kurzzusammenfassung, <https://www.fes.de/in dex.php?eID=dumpFile&t=f&f=39657&token=b68b8ef1d66a60e980987e6f07fb1d5e3b01de3> [Zugriff: 06.08.2020].
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Frankfurt a.M.
- Jäger, Margarete (2017): Skandal und doch normal. Verschiebungen und Kontinuitäten rassistischer Deutungsmuster im deutschen Einwanderungsdiskurs, in: Mil-

- bradt, Björn/Biskamp, Floris/Albrecht, Yvonne/Kiepe, Lukas (Hrsg.): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen, 73–98.
- Höcke, Björn (2017): Gemütszustand eines total besiegt Volkes, <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html> [Zugriff: 06.08.2020].
- INSA (2020): Archiv Potenzialanalyse, <https://www.insa-consulere.de/archiv/potentialanalyse/> [Zugriff: 06.08.2020].
- Kohl, Helmut (1982): Bundestagsrede, in: Protokolle des Deutschen Bundestages, 9. Wahlperiode, 111. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 9. September 1982, 6761ff.
- Kulke, Ulli (2013): „Glied ab“ – Herbert Wehners beste Zwischenrufe, <https://www.welt.de/geschichte/article116403169/Glied-ab-Herbert-Wehners-beste-Zwischenrufe.html> [Zugriff: 06.08.2020].
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*. Cambridge, UK.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge, UK.
- Oltmer, Jochen (2016): *Migration vom 19. Bis zum 21. Jahrhundert*. Oldenburg.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*. Wiesbaden.
- Poutrus, Patrice (2019): *Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart*. Berlin.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München.
- Schneeberger, Ruth (2015): Wie viel Nazi steckt in Deutschland? <https://www.sueddeutsche.de/politik/entnazifizierung-wieviel-nazi-steckt-in-deutschland-1.2694869-0> [Zugriff: 06.08.2020].
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas (2020): *Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster*. Frankfurt a.M.
- Urban, Thomas (2009): Deutsch-polnische Klischees in den Medien, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39765/klischees> [Zugriff: 06.08.2020].
- Walser, Martin (1998): Dankesrede von Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober 1998, <https://hdms.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/440/file/walserRede.pdf> [Zugriff: 06.08.2020].
- Wodak, Ruth (2016): *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien.

Anmerkung: Der Text ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung des am 15. November 2019 im *Tagesspiegel* erschienenen Artikels „Wider die Mär vom Rechtsruck. Die AfD mobilisiert bestehendes Potenzial“ (Biskamp 2019).